

EUROPÄISCHES PARLAMENT



DR. INGE GRÄBLE

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

PRESSEMEDLUNG

23. Juni 2005

EU-Abgeordnete: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit...(?)

Mit 403 zu 89 Stimmen bei 92 Enthaltungen hat das Europäische Parlament am Donnerstag eine einheitliche Diätenregelung für seine Parlamentarier verabschiedet und die Grunddiät auf 38,5% eines Richtergehalts (Europäischer Gerichtshof) festgelegt. De facto entspricht dies der iät der deutschen Bundestagskollegen (7000 Euro pro Monat, 12 mal im Jahr). Weitere Punkte sind:

- Versteuerung nach EU-Steuersatz von 25%
- Pension ab 63 Jahre, Ansprüche erwirbt man ab dem 1. Jahr,
- Kosten bei Krankheit zahlt zu 80% das EP
- Wegfall der bisherigen Pauschalen für Reisekosten und Ersatz durch tatsächliche Kosten.

Gelten soll das Statut ab 1. Januar 2007; die jetzigen Abgeordneten können wählen, ob sie nach dem bisherigen nationalen Modell bezahlt werden wollen (im deutschen Fall: wie Bundestag) oder nach dem neuen, europäischen Modell. Abgeordnete, die bei der Europawahl 2009 gewählt werden, fallen automatisch unter das neue Recht - außer ihr Land nimmt die Übergangszeiten von bis zu 20 Jahren in Anspruch.

Ich habe gegen das Abgeordnetenstatut gestimmt und will die gleiche Diät von Europaabgeordneten und nationalen Abgeordneten. Sie orientiert sich am Lebensstandard im jeweiligen Land. Die neue Regelung bringt die EU-Parlamentarier völlig unnötig ins Gerede, weil die Kollegen aus den neuen Mitgliedsländern bislang erheblich weniger erhalten und künftig zu Spitzenverdienern in ihrem Land aufrücken; allerdings kann man davon ausgehen, dass diese Länder alle die langen Übergangsregeln in Anspruch nehmen.

"Da der gleiche Lohn für gleiche Arbeit durch Übergangsregeln und Fortdauer nationaler Eigenheiten doch nicht erreicht wird, frage ich mich, was das Statut bringen soll außer vielen Schlagzeilen und Missständen", so die CDU-Europaabgeordnete Dr. Inge Gräble. Sie hält die Versteuerung nach der günstigeren europäischen Durchschnittssteuer für "eine Zumutung für unsere Wähler" und will keine "Taxierung unserer parlamentarischen Arbeit auf 38,5% eines Richtergehalts. Dies ist würdelos und unangemessen".

Außerdem schaffe die Pensionsregelung viele Probleme, lade zur Kumulierung von Pensionsansprüchen ein und lasse den nachfolgenden Generationen zuwenig Spielraum. Dr. Gräble kritisiert auch, dass "solche Änderungen immer nur für nachkommenden Generationen gemacht werden und nicht für einen selbst. Damit läuft man voll in die Glaubwürdigkeitsfalle."

Der einzige Vorteil des Status sei die Möglichkeit zur spitzen Abrechnung der tatsächlichen Reisekosten, was bislang vor allem an den Südeuropäern gescheitert sei. Gräble hält dies auch auf anderem Weg für erreichbar